

Druckpreis:
Die Halle monatlich bei zweimonatlicher
Zustellung 7,50 Mark, vierteljährlich
22,50 Mark, durch die Post monatlich
8,25 Mark, vierteljährlich 24,75 Mark,
einschl. Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Im
amtlich, Zeitungsergebnis unter
Einschaltung eingetragener. Für
amverlangt eingegangene Manu-
skripte wird keine Gewähr über-
nommen. Nachdruck nur mit der
Quellenangabe „Halle, Zeitung“ ge-
statet. Ferner: der Schriftleitung Nr.
140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1103
u. 1133, der Druckerei-Abt. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Halle-Zeitung

Fünfundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreis:
Die 8 gespaltene 34 mm breite Milli-
meterzeile oder deren Raum 60 Pf.,
Familienanzeigen 40 Pf., Restanzeigen
je 92 mm breit 1 Millimeterzeile
1,50 Mark. Anzeigen nehmen an
andere Geschäftsstellen a. sämtlich
Anzeigenstellen. Erfüllungsort
Halle. Erscheinung täglich 2 mal,
Sonntags und Montags 1 mal.
Schriftleitung und Haupt-Ge-
schäftsstelle: Halle, Neue Promen-
ade 18, St. Orlanbaustr. 17.
Neben-Geschäftsstellen: Große
Wiesstraße 52 und Markt 24.
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4006.

Nr. 219.

Halle, Freitag, den 13. Mai 1921.

Einzelpreis 30 Pfg.

Das Ortsklassengesetz.

Von **H. Barthelemy** - Hannover.
Mitglied des Landtags.

Auf Grund des Beschlusses des Reichstages ist das Reich vor die Aufgabe gestellt worden, für die Gewährung des Ortszuschlags ein neues Ortsklassenverzeichnis zu schaffen, das rückwirkende Kraft bis zum 1. April 1920 hat. Hatte man anfangs die Hoffnung, das Verzeichnis bis zum Spätherbst des Jahres 1920 fertigzustellen, so hat sich doch gar bald herausgestellt, daß die notwendigen statistischen Erhebungen und sonstigen Ermittlungen zeitraubender waren, als man anfänglich annahm.

Das Ortsklassengesetz ist von einschneidender Bedeutung für die weite Volksschichten. Es soll Einfluß haben nicht nur auf die Befolgung der Beamten, sondern auch auf die Löhne der Arbeiter und Angestellten, der Rentner der Kriegshinterbliebenen und Kriegesbeschädigten usw. Die immer häufiger auftretende Feststellung des Verzeichnisses erregte steigende Unzufriedenheit in den Orten, die offenbar zu niedrig eingruppiert waren und man verlangte mit Recht die Bezahlung der rückstehenden 1. April fälligen Beiträge. Da die Verabschiedung des Gesetzes aber noch immer einige Zeit in Anspruch nehmen wird, hat sich die Reichsregierung dazu entschlossen, durch Notgesetz eine vorläufige Regelung zu treffen. So ist das vorläufige Ortsklassenverzeichnis zustande gekommen. Hierbei ist bei der Einreihung der Orte in zweifelsfreie Klassen die niedrigere Ortsklasse gewählt worden, um eine Festlegung für das endgültige Gesetz zu vermeiden, wofür die Vorarbeiten im Gange sind. Es ist anzunehmen, daß hierbei unter Mitwirkung der Vertreter des Deutschen Beamtenbundes und später auch noch bei den Beratungen im Ausschuss des Reichstages eine ganze Reihe von Orten heraufgeholt werden wird.

Bei den Vorarbeiten standen zunächst für die Orte mit mehr als 10 000 Einwohnern die Steuererhebungen zur Verfügung. Als Grundlage für die Einreihung wurde der Durchschnitt der Steuererhebungen mehrerer Monate genommen. Da die Erhebungen aber noch in der Zeit der härtesten Zwangswirtschaft lagen, sind die gewonnenen Zahlen offenbar für viele Orte dadurch zum Vorteil oder Nachteil beeinflusst worden, wie die einzelnen Gemeinden sich mit Vorarbeiten eingedeckt hatten und hierdurch in der Lage waren, die Preisbildung zu beeinflussen. Auch die mehr oder weniger genussfähige Art der Erhebungen dürfte nicht immer ohne Einfluß gewesen sein. Da aber die Steuererhebungen nur die Ausgaben für Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung erfassen, mußten weitere Unterlagen zur Beurteilung der wirtschaftlichen Verhältnisse der einzelnen Gemeinden herangezogen werden. Dazu dienen z. B. die Wohnungszählung von 1918, die Lohnerhebung von 1920, die Reichslohnvereinbarung des Reichsverkehrsministeriums und Lohnvereinbarungen verschiedener Gewerkegruppen. Andere zahlenmäßig nicht erfassbare Umstände mußten besonders gemeldet werden, so z. B. die Eigenart, die eine Stadt als Badeort, Sitz einer Verwaltungsbehörde, Universitätsstadt usw. besitzt.

Für die Einreihung der Orte mit weniger als 10 000 Einwohnern dienen die von den Regierungen der einzelnen Länder gemachten Vorschläge als Grundlage.

Betrachtet man das vorläufige Verzeichnis etwas näher, so kann man nicht verkennen, daß in ihm noch große Ungerechtigkeiten vorhanden sind, die bei der endgültigen Regelung ausgemerzt werden müssen. Bremen steht in Klasse A, Hannover dagegen in B, dabei wird niemand behaupten können, daß Hannover billiger ist als Bremen. München und Stuttgart sind in Klasse A eingereiht, obwohl sie nach den Steuererhebungszahlen wesentlich unter Hannover stehen. Hier scheinen politische Rücksichten auf Bayern und Württemberg eine Rolle gespielt zu haben. Hamburg und Wismar mit seinen Vororten stehen in A, Sarburg und Wilsberg dagegen, die mit Hamburg ein Wirtschaftsgebiet bilden, in B. Bremerhaven steht in Klasse B, Geestmünde und Lehe in C. Dabei bilden die drei Unterelbeorte eine große Wirtschaftsgemeinschaft, ihre Grenzen laufen ineinander, so daß von verschiedenartiger Teuerung nicht gesprochen werden kann. Besonders schief steht mir auch der Harz wegenommen zu sein. Hier hat man anscheinend auf die Verkehrsverhältnisse, den starken Fremdenverkehr, die eine lange Heizperiode bedingenden klimatischen Verhältnisse, sowie darauf, daß im Oberharz vielfach jede landwirtschaftliche Produktion unmöglich ist, gar keine Rücksicht genommen.

Ueber die Art der Ortsklasseneinteilung herrscht eine weitgehende Unzufriedenheit. Sie ist noch dadurch vergrößert worden, daß man dazu übergegangen ist, auch noch die Kinderzulagen und die Steuerzuschläge nach Ortsklassen abzulesen. Dieses Verfahren verläßt nach meiner Ansicht gegen die Grundgedanken des Beschlusses, bei dessen Schaffung man eine Differenzierung in den Beiträgen der Beamten in bezug auf die verschiedenartigen Steuererhältnisse nur beim Ortszuschlag vorsehen wollte. Man wird daher mit aller Energie darauf dringen

müssen, daß die Differenzierung bei den Teuerungszulagen und Kinderzuschlägen wieder beseitigt wird.

Wie verfaßt, besteht im 23. Ausschuss des Reichstages große Reue, bei der Beratung des endgültigen Ortsklassenverzeichnisses oder schon vorher die Fragen der Grundklassenverteilung erneut aufzurollen und zu versuchen, nur drei Ortsklassen mit möglichst geringeren Unterschieden, als sie jetzt zwischen den Klassen A — B — C bestehen, zu schaffen. Ob das möglich sein wird, erscheint mir allerdings fraglich. Man darf nicht vergessen, daß die Grundlagen für den Ortszuschlag im Beschlusse des Reichstages festgelegt sind und daß das Ortsklassenverzeichnis nur ein Ausführungsgebot zum Beschlusse ist. Bei dem Ausführungsgebot kann man natürlich nicht das Grundgesetz ändern. Seine Änderung der Grundlagen für den Ortszuschlag ist nur durch eine Novelle zum Beschlussegesetz möglich. Ob man aber geneigt sein wird, noch jetzt an eine Änderung des kaum verabschiedeten Beschlusses zu gehen, erscheint mir mindestens sehr zweifelhaft. Im Beschlusse ist der Antrag Nr. 198 (Deilus), der an Stelle von fünf Ortsklassen nur drei zu schaffen wollte, leider gegen die Stimmen der Deutschen Nationalen, der Deutschen Volkspartei und der Sozialdemokraten abgelehnt worden. Das rächt sich jetzt.

Sollte eine grundlegende Änderung des Beschlusses jetzt nicht möglich sein, so wird man allerdings gut tun, dem Ortsklassenverzeichnis nur eine bestimmte, sehr enge, kurze Gültigkeitsdauer zu geben und zu vereinbaren, daß bis dahin auf die Grundlagen im Einzelnen mit den Beamtenvertretungen einer Revision im Einzelnen werden sollten. Hierbei könnte man dann vielleicht auch auf die Anregung zurückkommen, die die Abgeordneten Höfer, Otto und ich in der Landesversammlung gegeben haben, bei der Ortsklasseneinteilung die zusammenhängenden, unter demselben Wirtschaftsverhältnis stehenden Orte eines einheitlichen Wirtschaftsbereiches gleichmäßig zu behandeln. Dieser Anregung hat man leider keine Folge gegeben. Ich glaube aber, eine kritische Betrachtung des vorliegenden vorläufigen Ortsklassenverzeichnisses wird zeigen, daß doch das starke Ortsklassen nicht das richtige ist. Es ist gar nicht zu verkennen, daß die Ortsklasseneinteilung sehr viele Schwierigkeiten in sich birgt und daß eine allgemein befriedigende Regelung der Frage kaum möglich sein wird. Was aber erstrebt werden muß, ist Gerechtigkeit im Rahmen des Möglichen.

Nach Annahme des Ultimatums.

Ein Teil der Pariser Presse beschäftigt sich auch heute noch mit der Annahme des Ultimatums. So sagt „Le Temps“: Am 13. Mai wird Deutschland nicht die Hand am Halsstrang haben, aber wir Franzosen haben von Lloyd George gar nichts zu erwarten, wenn nicht die Bedingungen, die er stellt, erfüllt sind. Man soll sich darüber nicht allzu sehr freuen, denn es ist nicht das erste Mal, das die Art, mit der Lloyd George seit drei Jahren seine Kräfte ausspannt, die angegriffen seien durch die Forderungen der Arbeiter und die Befehle der deutschfreundlichen Cliquen.

Gustave Hervé sagt in der „Victoire“, wenn, was nach allem zu hoffen sei, das neue deutsche Ministerium seine erste Besprechung halte, wenn es die Entlohnung bis zum 30. Juni beende, die erste Milliarde bezahle und am 1. Juli die ersten Schahobligationen im Betrage von 12 Millionen übermittele, dann wäre es ehrenhaft und gerecht von Frankreich, die drei Kohlenhäfen, die man als Sanktionen seit zwei Monaten befehlen, zu räumen, ohne daß man von den Alliierten zur Räumung aufgefordert werde.

Marcel Sembat schreibt in „Le Populaire“, Briand befürchtet einen heftigen Angriff beim Wiederzukunftentritt der Kammer. Er habe schon mobilisiert, um den Chauvinismus zu gefassen. Hoffentlich werde er sich nicht durch die Notwendigkeit, sie zu räumen, zu gefährlichen Maßnahmen treiben lassen. Schon habe der „Lemps“ geteilt suggeriert, die Ereignisse von Oberschlesien könnten als Vorwand hierzu dienen. Welches Elend! ruft Sembat aus. Alle überlegenen Leute seien davon überzeugt, daß der einzig vernünftige Weg der sei, ein Abkommen mit dem Deutschen zu suchen. Sie seien glücklich, daß der nicht wieder gutzumachende Fehler der Besetzung des Ruhrgebietes verhindert worden sei. Wollte man nun etwa die Gelegenheit zu neuen Feiern suchen? Senneville schreibt in der „Action Française“, daß die Annahme des Ultimatums unter Bedingungen erfolge, die keine Garantie gäben. Man werde das bald bemerken.

Die „Deuxième“ mittelt, erklärte Louchet zu erst, wenn die französische Regierung habe den bekannten amerikanischen Ingenieur General Goethals aufgefordert, an dem Wiederaufbau der ehemaligen Kampagne teilzunehmen.

Ein deutscher Protest.

Wegen der Requirierung deutscher Automobile und ihrer Führer für den besetzten Ruhrgebiet in das Ruhrgebiet ist den Regierungen in Paris, London und Brüssel von den dortigen deutschen Vertretungen am 10. Mai d. J. eine eingehende Protestnote übergeben worden. Darin heißt es: Alle diese Requirierungen sind vertrags- und völkerrechtswidrig. Sie dienen nicht den Zwecken der Besatzungsarmee selbst, sondern dem beschleunigten Vormarsch in ein Gebiet, dessen Besetzung den Alliierten durch den Vertrag noch durch das Rheinlandabkommen ein Recht eingeräumt wird. Die zwangsweise Heranziehung Deutscher zur Unterstützung dieses Vormarsches stellt eine unerhörte Vergewaltigung dar. Sie steht im schroffen Widerspruch zu dem Prinzip, das im Artikel 52 der Haager Landkriegsordnung Ausdruck gefunden hat. Die Heranziehung einer Bevölkerung zu Unternehmungen gegen ihr eigenes Vaterland ist dort strengstens verboten. Die deutsche Regierung hat zum Schluß schriftlich Protest gegen das Vorgehen der Besatzungsbehörden erhoben und verlangt, daß die verantwortlichen Stellen angewiesen werden, ihre rechtswidrigen Maßnahmen rückgängig zu machen.

Der Abschied Simons.

Der Reichspräsident hat an den scheidenden Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons folgendes Handschreiben gerichtet:

„Ihren Antrage auf Entlassung habe ich in dem anliegenden Abschied unter Würdigung Ihrer Beweggründe, jedoch mit lebhaftem Bedauern entprochen. Sie haben das Ihnen angetragene Amt unter großen Opfern angenommen und sich dann mit Ihrer ganzen Persönlichkeit und Ihren glänzenden Kenntnissen für Ihre Aufgabe eingesetzt. Getragen von dem Bewußtsein Ihrer hohen Verantwortung haben Sie unermüdet und tatkräftig unter den schwierigsten Verhältnissen die deutschen Interessen wahrgenommen. Ich spreche Ihnen für Ihre aufopfernde Tätigkeit meinen herzlichsten Dank und meine warme Anerkennung aus und bin überzeugt, hierbei im Einklang mit dem Empfinden unseres Volkes zu handeln. Wenn Sie nunmehr die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten aus der Hand geben, so darf ich hoffen, daß Ihre Arbeitskraft für das öffentliche Leben und den Dienst am Vaterland noch reiche Früchte tragen wird.“

Ich bitte Sie, meine besten Wünsche und die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung entgegenzunehmen. Ihr sehr ergebener

Ebert, Reichspräsident

Ein in ähnlichen warmen Worten gehaltenes Schreiben hat der Reichspräsident an den scheidenden Vizeminister und Justizminister Dr. Heinze gerichtet.

Bayerische Einwohnerwehr — aber unter französischer Kontrolle?

Der Berliner Korrespondent des „Journal“ teilt mit, daß man allen Anlaß habe zu glauben, die Vertreter Bayerns würden in direkte Verhandlungen mit Frankreich eintreten. Es ist wahrscheinlich, daß Dr. Heim selbst beauftragt werden wird, Frankreich den Wunsch der bayerischen Regierung bekanntzugeben, die dauernde Kontrolle der Einwohnerwehr unter die dauernde Kontrolle der Franzosen zu stellen und dafür gewisse Garantien zu geben.

Oberschlesien.

„Times“ melden aus Oppeln, daß bisher kein Vertrag unterzeichnet worden sei, der die Autorität der polnischen Auffständigen anerkennt. Es scheint jedoch, daß die französischen Vertreter in der Kommission ein mündliches Abkommen in diesem Sinne getroffen hätten. General Le Mond glaube anscheinend, daß die vollendete Tatsache der polnischen Besetzung ohne weiteres von Seiten der Alliierten anerkannt werden müßte.

„Times“ heben die Franzosen die Entscheidung vorzuziehen deutscher Waffenlager hervor. Sie haben alle Deutschen verhaftet, die im Besitz von Waffen betroffen wurden. Dagegen übersehen sie bewaffnete polnische Partisanen, die an jeder Straßenecke stehen. „Times“ erklärt, die internationalisierte Kommission habe aufgehört, als neutrale Organisation zu bestehen. Die britischen und italienischen Offiziere seien sich durch Durchführung ihrer Pflichten gezwungen, eine Abstimmungsliste gegen die polnischen Auffständigen, die offen von den Franzosen unterstützt werden, zu organisieren.

Die Lage in Oberschlesien ist unerblicklich. Zu Kampfhandlungen ist es nicht gekommen. Koriant baut in den einzelnen Industriestädten seine zivile Organisation aus. Er geht daran, die Eisenbahndirektion Katowitz zu übernehmen. Auf einem Teil der Eisenbahntreide ist von den Polen der Betrieb bereits übernommen worden.

Nach einer Meldung der „Schlesischen Zeitung“ hat die italienische Regierung eine Note nach Warschau gerichtet, in der sie für die Tötung der italienischen Offiziere und Soldaten eine Entschädigung in Höhe von 15 Millionen Lire fordert.

Generalstreik in Oberschlesien.

Der deutsche Bevollmächtigte in Oppeln teilt mit: Infolge der Gerüchte über den Waffenstillstand und die Forderung einer Demarkationslinie zwischen der internationalisierten Kommission und den Insurgenten ist in Oberschlesien der Generalstreik ausgebrochen. General Lerond hat dem Vertreter des deutschen Bevollmächtigten erklärt, daß die Warschauer Angaben über Waffenstillstand und Demarkationslinie nicht den Tatsachen entsprechen. Die Erklärung ist vom

deutschen Bevollmächtigten in Doppel dringlich den Antrag gestellt worden, um die hart erregte Bevölkerung zu beruhigen. Die deutsche Regierung wird mit aller Schärfe auf Klarlegung der Angelegenheit drängen.

Deutsche, alliierte und englische Note an Warschau.

Die Warschauer Regierung hat für ihre zweideutige Haltung gegenüber dem oberirdischen Aufstand namentlich eine ganze Reihe von Protestnoten erhalten. Den Deutschen in Genuß überreichte der deutsche Gesandtschaftsträger v. Dierksen. Die Hauptnote wurde von den alliierten Regierungen überreicht, die der polnischen Regierung eine finanzielle Schadenersatzpflicht androhen und ausdrücklich erklären, daß sie keine vollengeen Tatsache anerkennen. Am schärfsten im Ton war die Protestnote der britischen Regierung, vom Gesandtschaftsträger M. L. überreicht, die ausdrücklich von der Illegalität der Warschauer Regierung spricht. Die britische Note hat die Warschauer Presse lothgerichtet, daß sie mit offenem Mißtrauen antwortet: Der Herr David (Lloyd George) werde nichts gegen den oberirdischen Goliath vermögen. Die Warschauer Regierung hat sich zu den Noten noch gar nicht geäußert.

Aber die deutsche Annahme des Ultimatus ist die polnische Presse äußerst verstimmt, weil dadurch die Hoffnung auf eine nachträgliche Scheinbegünstigung der polnischen Militärführung durch Beteiligung an den „Santitionen“ geschwunden ist. Die Presse spricht daher von einem neuen deutschen Frieden. In der Börse dagegen steigt die deutsche Mark sprunghaft.

Von den Kommunisten.

Das tschechische Blatt „Rudo Brano“ veröffentlichte eine Rundgebung des Kongressausschusses der kommunistischen Internationale, die telegraphisch über Christiania an den Kongreß der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Fraktionen gelangt, in der es heißt: Wir erwarten, daß der Kongreß nicht bloß den Namen einer kommunistischen Partei annehmen wird, um sich äußerlich von der durch eine Koalition mit der Bourgeoisie bestimmten Sozialdemokratie zu unterscheiden, sondern auch nach außen hin und hinsichtlich zu den Grundfragen und zur Taktik der kommunistischen Internationale bekennen wird. Der Kongressausschuß hofft bestimmt, daß die tschechischen Kommunisten, belehrt durch die Erfahrungen des Dezemberkriegs, jedwede Halbheit aufgeben und sich mit den Grundfragen und der Taktik der kommunistischen Internationale sofortig erklären werden, auf deren Programm sich die revolutionäre Aktion befindet.

Freie Schifffahrt nach Petersburg.

„Petit Parisien“ veröffentlichte einen am 8. Mai in Moskau in französischer Sprache aufgegebenen Rundpruch, in dem es heißt: Die russische Regierung kündigt die Erfüllung der Bedingungen der Konvention von 1825 an und veröffentlicht gleichzeitig vorläufige Bestimmungen für die Einfahrt von Schiffen in die westlichen Häfen, im Finländischen Golf und für die Schifffahrt zwischen Kronstadt und Reval.

Deutscher Reichstag.

106. Sitzung vom 12. 5. 1921, nachmittags 1 Uhr. Auf der Tagesordnung steht ein Erwidern des Reichsministers des Innern um Genehmigung zur Strafrechtsreform des Abg. Wendelin Thomas (Komm.) wegen Verleumdung, Unterdrückung und Verhinderung der Aufklärung des Abg. Thomas (Komm.) auf Seiten des Abg. Thomas, der gegenmütig wegen Verleumdung, Unterdrückung und Verhinderung anderer Strafaten eine Gegenseitige verübt.

Abg. Weidmann (Dem.) beantragt namens des Geschäftsrangsausschusses, des Erwidern des Ministers und den Antrag des Innern abzulehnen.

Vor der Abstimmung beauftragt Abg. Emminger (Nar. Wst.) die Beschlußfähigkeit des Hauses. Von den Kommunisten wird ihm darauf geantwortet: „Ni! Du Kamp! Du Sch!“. Präsident Weiser stellt die Beschlußfähigkeit des Hauses fest, nämlich um 4 1/2 Uhr die erste Sitzung und legt auf 4 1/2 Uhr eine neue Sitzung an.

106. Sitzung 4 1/2 Uhr. Auf Vorschlag des Präsidenten Weiser werden die Bestimmungen zur Angelegenheit Thomas auf eine spätere Tagesordnung verschoben.

Eine Debatte wird der Auswahlantrag zum Antrag Müller, Franken (Soz.) über

die Sondergerichte

angenommen. Danach wird den Angeklagten vor jenen Gerichten die Verteidigung erleichtert. Die Anfrage soll vor den Sondergerichten nur erhoben werden, wenn die Tat mit den Umständen verbunden ist. Ausenbüßend unter 18 Jahren sollen nicht vor den Sondergerichten kommen.

Der Geschäftsrangsausschuß der Landesbehörden wird dann dem Hauptauschuß übermitteln, der Gelegenheit über den Getreideverkehr dem Volkswirtschaftsausschuß.

Bei dem Getreideverkehr über erhöhte Anrechnung der vor dem Kriege zurückgelegten Dienste der Beamten beauftragt Abg. Hoffmann (Komm.) mit der Remuneration, daß die Beamten, die im Kriegsdienst waren, die Beschlußfähigkeit der Regierung.

Die Petitionen gegen die Einstellung der Kinderzinsen für Beamte werden auf Antrag Burdack (Str.) dem Hauptauschuß überreicht.

Nach Erledigung der Tagesordnung schließt Präsident Weiser die 107. Sitzung am 21. Mai, nachmittags 3 Uhr ab.

Abg. Hoffmann (Komm.) beantragt, morgen noch eine Sitzung abzuhalten.

Abg. Schulz, Bromberg (Dm.) schließt den 24. Mai vor. Abg. Ledebur (U. S.) schließt sich dem Antrag Hoffmann an. Abg. Dr. Wieser (D. W.) meint, der Reichstag möge schon am 12. Mai gemeinsam den Plan beraten, ob nicht eine frühere Einberufung erforderlich ist.

Nach Ablehnung aller Anträge ruht die Sitzung des Hauses dem Vorschlag des Präsidenten zu. Der Präsident erhält die Genehmigung, eine frühere Sitzung anzubekunden, wenn die politischen Verhältnisse es erfordern. Auf die Tagesordnung werden gesetzt: Volkswirtschaft, Staatsgerichtshof, Reichsausschuß.

Ein kommunistischer Antrag darauf, daß die Wozaramm, Erklärung der neuen Regierung auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Die Regierungspartei stimmen dagegen. Da die Mehrheit zweifelhaft bleibt, kommt es zum Hausaufbruch. Die Mitglieder der Regierungspartei beteiligen sich nicht daran. (Nur: Die Regierung ohne Programm). Der Hausaufbruch wird durch einen Antrag des Abg. Dr. v. S. a. 110 beschlossen, und es bleibt beim alten Beschluß des Präsidiums.

Präsident Weiser erklärt, er behalte sich vor, das Regierungsprogramm auf die Tagesordnung zu legen. Schluß 14 Uhr.

Der neue Presseschef der Reichsregierung.

Durch den Rücktritt des Geheimrats Heilmann als Presseschef der Reichsregierung ist die Neubestellung dieses wichtigen Postens wieder dringend geworden. In politischen Kreisen wurde davon gesprochen, daß Dr. Hemmer, der aus seiner Tätigkeit in der Waffensstillstandskommission Erzbürger nahesteht, für die Nachfolge Heilmanns in Frage käme. Wie demgegenüber die „Dena“ von unterirdischer Seite hört, trifft das nicht zu. Die Sozialdemokratie hat bereits das formelle Verlangen zum Ausdruck gebracht, daß die Stelle des Presseschefs der Reichsregierung übergeben wird einem Sozialdemokraten zu belegen sei, das Zentrum hat sich in dieser Frage als desinteressiert erklärt. Auf alle Fälle dürfte eine grundlegende Umgestaltung des Presseschefes der Reichsregierung zu erwarten sein, die den Wünschen der Presse möglichst entgegenkommt. Wenn wir recht unterrichtet sind, so wird in bestimmten Kreisen daran gedacht, die Stellung des Presseschefs wesentlich unabhängiger auszugestalten als es bisher der Fall war. Man denkt in dieser Hinsicht an eine Stellung, die etwa der eines parlamentarischen Staatssekretärs anzunehmen sein würde, oder aber der neue Presseschef würde als Ministerialdirektor mit besonderen Vollmachten ausgestattet sein.

Die Schutzpolizeibeamten.

Der preussische Minister des Innern hat nach Abschluß eingehender Verhandlungen mit den zuständigen Ressorts Preußens und des Reiches angeordnet, daß die noch im Angestelltenverhältnis befindlichen Angehörigen der Schutzpolizei sofort als unmittelbare Staatsbeamte angestellt werden.

Kein Waffenstillstand.

Der Vertreter des deutschen Bevollmächtigten, Graf Praxiom, gibt heute mittag folgendes bekannt: Der General de Mond hat mir sieben auf meine Anfrage in Anwesenheit der anderen Mitglieder der Entente-Kommission auf das bestimmteste erklärt, daß der von Warschau verbreitete Funkspruch erlogen sei. Es seien weder über einen Waffenstillstand, noch über eine Demarkationslinie, noch über einen Übertrag der Regierungsgewalt an die Insurgenten oder eine Amnestie und irgendwelche Verhandlungen gesprochen, getuschelt oder Abmachungen getroffen worden. Die internationale Kommission gibt amtlich bekannt: Gemisse Zeitungen berichten über das Zustandekommen des Waffenstillstandes mit den Insurgenten, was nach einer Demarkationslinie festgesetzt worden sei. Diese Nachricht entbehrt jeder Grundlage.

Nach den bisher aus Groß-Strelitz, Krotz, Buehen und Raitowich vorliegenden Nachrichten ist die letzte Nacht ruhig verlaufen. Auch am Vormittag ist keine Veränderung der Lage eingetreten. An der Grenze des Kreises Kreuzburg wurden vereinzelt Angriffe unternommen, die alle abgelenkt wurden. Man hofft, auch den angrenzenden Teil des Kreises Rosenberg und den angrenzenden Teil des Kreises Oepeln wie bisher sichern zu können.

Die Politik der Mitte.

Der Parteivorstand und die Reichsfraktion der Demokraten haben vor ihrem Auseinandergehen in die Pflicht genommen, einmal öffentlich zu erklären, daß die Politik des Ultimatus nicht geschaffen, politische Belange besprochen und beabsichtigt die Veröffentlichung einer Erklärung, die auf die Notwendigkeit hinweist, die Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen durch Heranziehung aller Kräfte, namentlich auf wirtschaftlichem Gebiet, zu sichern. Mehrfache Stimmungen herrschen auch in anderen Parteien, vor allem innerhalb der Deutschen Volkspartei, vor. Man sei allgemein aber auch der Überzeugung, daß nur beim Verbleiben der Obersten Kräfte in Deutschland die Möglichkeit bestehe, die erwarteten Leistungen zu vollbringen. Die Politik der Mitte bestehe und falle mit Oberstleuten.

Aufruf Korsantys an den Führer der polni hen Insurgentenarmee.

Korsantys hat an den Oberkommandierenden der oberirdischen Insurgenten folgenden Aufruf erlassen:

An den Oberkommandierenden der oberird. Insurgenten-Abteilungen, Herrn Kowina-Dolina, Ortsunterkunft.

Oberkommandierender der tapferen polnischen Druiden! Das oberirdische Volk griff im Laufe der letzten zwei Jahre schon dreimal zu den Waffen, um das schwere preussische Joch abzustreifen. Diesmal haben Zehntausende spontan zu den Waffen gegriffen, um gegenüber der ganzen Welt einen tatkräftigen Protest gegen die ihnen drohende deutsche Knechtschaft zu erheben als Beweis, daß sie weiter die preussisch-deutsche Herrschaft nicht ertragen werden. Das bewaffnete oberirdische Volk vergießt Ströme von Blut, um sich endlich die Freiheit zu erkämpfen und nach jahrelanger Trennung sich mit dem geliebten Vaterlande zu vereinigen. Führer! Sage deinen tapferen Soldaten, daß Polen nur mit dem Herzen bei ihnen sein kann und ihnen keine tatkräftige Hilfe entgegen darf. Aber wo ein polnisches Herz schlägt, dort ist es heute mit dem oberirdischen Volke, das einen Kampf auf Leben und Tod um seine Befreiung führt, eins. Der Kampf der mutigen Insurgenten findet unter den schwierigsten Bedingungen statt; dagegen wird die Opferwilligkeit des Vaterlandes ohne Grenzen ihren Ausdauer vor steigenden Kollodung dieser blutigen Kampfes verleihen. Vor diesem Blute des armen Volkes, das für die heiligsten Ideale der Menschheit vergossen wird, müssen sich demütig die Häupter der gesamten Welt neigen und die Diplomaten können über diesen oberirdischen Ausdruck des unerschütterlichen Willens des oberirdischen Volkes nicht zur Tagesordnung übergehen. Führer! Deine Soldaten haben sich in diesen fürchterlichen Kampfe wie Mitter benommen und haben die Soldatenfrage nicht berührt, sondern Mut und Tapferkeit bewiesen, wie sie die Welt bisher noch nicht gesehen hat. Ehre sei ihnen dafür und ewiger Ruhm und das polnische Vater-

land wird diese Opfer seiner treuen Söhne niemals vergessen.

Herr Korsantys wird niemandem in der Welt mehr erzählen können, daß Polen „nur mit dem Herzen“ die Aufständischen unterstützt, nachdem die geltend gemachte angebliche Karte der Insurgentenarmee an die polnische Regierung ausdrücklich feststellt, „Aus bestimmten Tatsachen, die zu unserer Kenntnis gelangt sind, erstelt, daß die polnische Regierung nicht vollkommen der Verpflichtung genügt, die in ihrer Macht stehenden Maßnahmen sofort zu ergreifen, um das Scheitern dieser aufständischen Bewegung zu verhindern. Es ist festgesetzt, daß die Insurgenten eine große Anzahl von Waffen und Munition in ihrem Besitz haben, deren Herkunft aus Polen unzweifelhaft ist, eine Tatsache, die doch zum mindesten einen starken Mangel an Ueberwachung seitens der polnischen Regierung beweist. Ferner hat man festgestellt, daß sich unter den Insurgenten, die aus Polen kamen, Soldaten in polnischer Uniform befinden.“ Angefichts dieser autoritativen Feststellungen von Entente-Seite geht schon die ganze Eisenfestigkeit eines Korsantys dazu, um auch jetzt noch Behauptungen aufzustellen, die durch alle Tatsachen schlagend widerlegt werden und über deren wahren Charakter sich niemand mehr einem Zweifel hingibt, auch bei den Mittlerern nicht.

Deutsches Reich.

Die deutschen Mitglieder der haderlebener Stadtverordnetenversammlung haben ihr Amt niedergelegt. „Reinhold“ zufolge begründet der deutsche Stadtverordnete Dr. Meyer seinen Schritt damit, daß die Haltung der Dänen, besonders ihre Stellung in der Frage der Besetzung der verabschiedeten deutschen Beamten, ein weiteres Zusammenarbeiten zwischen Dänen und Deutschen unmöglich machte. Die Stadtverordnetenversammlung legte am Mittwoch ihre Beratungen fort, nachdem die deutsche Parteigruppe, die 8 Mitglieder zählt, den Saal verlassen hatte.

Am 20. bis 25. Mai in Kopenhagen stattfindenden nordereuropäischen Note-Konferenz zur Beratung von Maßnahmen betreffend Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten nehmen als deutsche Delegierte Professor P. V. N. S. S. S., Professor G. L. S. S. S. und ein Vertreter des deutschen Roten Kreuzes teil. Außer Deutschland beteiligen sich an der Konferenz England, Holland, die holländischen Länder und Finnland.

Die zionistische Weltkongress in Karlsruhe. Die Exekutivkommission der zionistischen Organisation hat die Einberufung eines zionistischen Weltkongresses für den 4. September in Karlsruhe in Aussicht genommen. Die endgültige Entscheidung darüber wird noch diese Woche fallen.

Auslands-Rundschau.

Die zweite holländische Kammer beschloß die Vorlage über die Zustimmung zu dem Vertrag von Versailles, soweit die Rheinfrage davon berührt wird. Es wurde dem Abgeordneten darüber Ausdruck gegeben, daß die Schiffsabgabe für die Rheininschiffahrt durch diesen Vertrag abgeändert worden ist, ohne Holland zu betragen, obwohl dessen Interessen an der Rheininschiffahrt ganz bedeutend sind und obwohl Holland bei der Abänderung der Schiffsabgabe im Jahre 1888 zurückgegriffen war. Mehrere Mitglieder gaben aus ihrem Bedauern Ausdruck, daß der Grundcharakter der Einmischung solcher Staaten, die nicht an den Ufern des Rheines liegen, durch den Vertrag eingeführt worden ist.

Neutralität des Bosporus und der Dardanellen. In der Sitzung der alliierten Kommissare, Admirale und Generale wurde der Beschluß gefaßt, die Neutralität Konstantinopels, des Bosporus und der Dardanellen während der Dauer des griechisch-türkischen Krieges zu verhindern. Infolge dessen können die Griechen Konstantinopel nicht als Operationsbasis benutzen. Sie werden aufgefordert, ihre Kräfte auf das Minimum, das ihnen festgesetzt wird, herabzusetzen und ihre Kriegsschiffe aus den Hoheitsgewässern und der Dreimeilengrenze zurückzuführen. Es ergibt sich daraus, daß die Griechen ihre Front von Izmid und Brussa nur über Kofsoh vorlegen können.

Der amerikanische Senat nahm die Ratifizierung mit 63 gegen 28 Stimmen an. Eine Konferenz zwischen dem Senat und dem Repräsentantenhaus wird nötig sein, um den Entwurf, wie er im Senat angenommen worden ist, mit dem vom Repräsentantenhaus der Vorlage gegebenen Form in Einklang zu bringen.

Das Gutachten der Arbeitskommission wird in allen schweizerischen Zeitungen scharf kritisiert. Stodolms Uebungen schreibt u. a.: Schweizer kann nicht ohne seinen Namen zu bestehen, daran denken, seinen Verpflichtungen gegenüber der Albanenbevölkerung treu zu werden. — Dagens Angher ist der Ansicht, daß die Kommission sich zu sehr von opportunistischen Gründen habe leiten lassen. — Stodolms Dagblad meint, es werde ohne Zweifel verhängnisvoll für die Tätigkeit des Völkerbundes sein, wenn der Völkerbund als Vermittler in einem derzeitigen Konflikt der Balkanstaaten auftreten sollte. Die Vorzüge der Völkerbund sind jedoch. Auf Island habe die Nachricht vom Ansat der Berichte Jörn und Erfüllung erregt.

Halle und Umgegend.

Halle den 13. Mai 1921.

Eine Wahlberechtigten-Versammlung zur verfassungsendenden preussischen Synode

zu der auch Vertreter der Eborien der Provinz entsandt waren und dessen nachmittags um ungenau schriftlicher Beteiligung im St. Nikolaus statt. Leiter der Versammlung war der Vorsitzende der politischen Union, Superintendent Lütke. Die Wahl findet am 26. Juni statt. Die Provinz hat 27 Synoden zu wählen, nämlich 9 Geistliche und 18 Nichtgeistliche. Die 4 kirchlichen politischen Parteien, nämlich die Politische Union, die Evangelische Vereinigung, der Bund freier Volkswirter und die konfessionelle Gruppe, haben eine Einheitsliste aufgestellt, und es war der Zweck der Versammlung, hierzu Stellung zu nehmen. Nach lebhafter Aussprache, in der die Vertreter des freien Volksbundes anwesend mit den Angehörigen des kirchlichen Liberalismus scharf aufeinandertrafen, wurde die Einheitsliste mit vierfünftelmehrheit angenommen. Die politische Gerichten kündigten die Aufstellung von Sonderlisten an.

Frau Poliphar.

Musikalisches Kuppel von Alfred Hofmann. Der Konzerterzug liefert besseren Oper, die demnächst durch das Stadttheater herabgebracht werden soll, ist bereits als Manuskript gedruckt — von Komponisten selbst in leibere autographischer Ausfertigung angefertigt — bei Reinhold K d

